

# Luftgeschäfte?

**Pensionen. Die Regierung will ein einheitliches Pensions-system für alle Versicherten. Nur kosten darf es nichts. Doch das eine geht nicht ohne das andere.**

Von Ulla Schmid

**F**ritz Neugebauer ist entspannt. Sehr entspannt. „Wir“, sagt er und meint damit die Beamtengewerkschaft, „wir sind nicht die Blockierer.“ Man könne alles verlangen, „aber wo nimmt man drei Milliarden Euro her“?

So viel, meint der Vorsitzende der Beamtengewerkschaft, würde die Harmonisierung aller Pensionssysteme – also ein einheitliches Recht für Beamte, Landesbedienstete, Bauern und Selbstständige – nun einmal kosten.

## Sozialversicherungen

### Nichts als Spesen



„Wir hätten uns die Sache ersparen können, aber die ÖVP wollte die Lösung unbedingt durchsetzen.“ Mit diesen Worten kommentierte Sozialminister Herbert Haupt im Oktober 2003 den Spruch des Höchstgerichts, wonach die politische Umfärbung des Hauptverbandes verfassungswidrig gewesen war.

„Ersparen“ ist das richtige Wort: 248.297 Euro, also umgerechnet 3,4 Millionen Schilling, hatte das Sozialressort für Experten und Anwälte bezahlt, die den Auftrag hatten, die politischen Umstrukturierungsarbeiten im Hauptverband vorzubereiten und rechtlich zu begleiten. Das geht aus der jüngsten Anfragebeantwortung Haupts an den grünen Sozialsprecher Karl Öllinger hervor. Sogar die Ausfertigung der entsprechenden ASVG-Novelle samt Erläuterungen war außer Haus gegeben worden, mit dem Ergebnis, dass die neue, auf Schwarz-Blau zugeschnittene Struktur geändert werden muss.

Das Defizit der Kassen war damals zum offiziellen Anlass genommen worden, um Sallmutter als Präsident zu entfernen. Öllinger: „Die neue Struktur ist nicht nur verfassungswidrig, sie ist auch ineffizient. Die Kassen rutschen weiterhin Jahr für Jahr tiefer in die roten Zahlen.“ 2001 hatte das Defizit 148,2 Millionen Euro betragen, 2002 erhöhte es sich auf 176,8 Millionen, 2003 pendelte es sich bei 237 Millionen ein.

„Diese Rechnungen sind absurde Luftgeschäfte“, kontert Pensionsexperte Bernd Marin, „zwischen den Systemen gehört endlich Gerechtigkeit hergestellt. Die Mehrkosten sind überschaubar.“

Doch selbst das wäre offenbar schon zu viel, denn laut Wirtschaftsminister Martin Bartenstein dürfen die Zusatzausgaben „nur sehr überschaubar“ sein.

**Nulltarif.** Was Regierung, Sozialpartner und Experten derzeit probieren, ist die Quadratur des Kreises. Um die Kostendynamik im öffentlichen Dienst einzubremsen, sollen die Beamten künftig statt 80 Prozent von ihrem Letztbezug nur noch ASVG-Pensionen bekommen. Und diese betragen durchschnittlich nur 40 Prozent dessen, was ein Beamter in Ruhe genießt.

Das geht aber nicht zum Nulltarif, weil zugleich die Einnahmen aus den Pensionsbeiträgen des öffentlichen Dienstes sinken würden. Dies deshalb, weil die Pensionsbeiträge der Beamten derzeit mit 12,55 Prozent über jenen der ASVG-Versicherten (10,25 Prozent) liegen.

Die Minimalvariante, die derzeit auf dem Tisch liegt, ist Ausfluss eines gemeinsamen Antrags der Regierungsparteien ÖVP und FPÖ. Sie sieht vor, dass alle öffentlich Bediensteten unter 35 Jahren ins ASVG-System wechseln, die älteren blieben im gültigen Schema. Das Modell würde zu Beginn zwar nur 70 Millionen Euro kosten, dafür würden die Mehrausgaben in 25 Jahren mit 520 Millionen Euro explodieren – also just zu jenem Zeitpunkt, da auch das ASVG-System aufgrund der demografischen Situation schwer unter Druck geraten wird. Die heute unter 35-Jährigen würden bei dieser Variante doppelt draufzahlen: Sie müssten für die hohen Ruhebezüge der älteren Beamten aufkommen, während sie selbst nur die wesentlich geringere ASVG-Pension in Aussicht hätten.

Zweiter Wermutstropfen: Frühestens in 40 Jahren wären Einsparungen in Sicht.

Die zweite Variante – ab einem Stichtag werden nur noch Anwartschaften im neuen System erworben, ohne die bisher erstandenen zu verlieren – kostet zwischen 220 Millionen Euro (wenn die Beamten-



Kanzler Schüssel, Beamtengewerkschafter Neugebauer „Budgetrealismus ist angesagt“

Pensionsbeiträge auf heutigem Niveau blieben) und 590 Millionen Euro (wenn die Beiträge auf ASVG-Niveau gesenkt würden).

Dem Finanzminister bliebe bei beiden Versionen schon in 20 Jahren Geld in der Tasche, allerdings in unterschiedlicher Höhe. Während bei der 590-Millionen-Euro-Variante die Einsparungen bei 50 Millionen zu liegen kommen, beließe das „billigere“ Modell 2020 schon 250 Millionen im Budget.

**Pläne.** Doch das ist Zukunftsmusik, von der die heutige Regierung politisch nicht mehr profitieren könnte. Im Gegenteil: Der Finanzminister müsste jetzt Geld in die Hand nehmen, um die Republik langfristig zu entlasten. Das kreuzt sich freilich mit Karl-Heinz Grassers kurzfristigen Plänen: Nach der drei Milliarden Euro



„Diese Rechnungen sind absurde Luftgeschäfte. Zwischen den Pensions-systemen gehört endlich einmal Gerechtigkeit hergestellt“

Experte Bernd Marin

schweren Steuerreform strebt er für 2006 ein Nulldefizit an, um 2010 die Abgabenquote unter 40 Prozent drücken zu können, wofür er laut Steuerexperten noch mehr Milliarden als jetzt unters Volk bringen müsste.

„Das weiß die Beamtengewerkschaft“, sagt ein Mitglied der Pensionsreformkommission, „und daher stellt sie auch Forderungen, die mit dem Pensionsrecht nichts mehr zu tun haben“ – also höhere Aktivbezüge, Abfertigungen, Pensionskassa. Und da, sagt ein anderes Kommissionsmitglied, „sind die Kosten nach oben hin offen“.